

Warum polizeilich organisierte Workshops dem „Quartier“ schaden



Voraussichtlich ab Mitte April beginnt ein mehrmonatiges „Trainingsprogramm für Polizist:innen und Anwohner:innen“ unter dem Titel „Polizei im Quartier Pilotprojekt-St.Pauli-Süd“. Ach, Sie haben davon noch nicht gehört? Dann gehören Sie wohl nicht zu den „Multiplikatoren aus dem Stadtteil“ für die gewünschte Zusammenarbeit mit der Polizei.

Initiiert ist dieser Workshop Marathon bis 19. Juni 2022 von der Polizei/Polizeiakademie bzw. der dort angesiedelten Fospol (Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung). Diese hatte Anfang letzten Jahres Dr. Nadja Maurer mit einer Studie rund um die Balduintreppe beauftragt. Und Teil des gleichen Auftrags ist das nun stattfindende Workshop/Trainingsprogramm „Pilotprojekt-St.Pauli-Süd“.

Im Rahmen dessen soll es laut Projektplan um die „Partnerschaft zwischen Polizei und Quartier“ gehen.

Und die Innovation des Projektes liege darin, „dass bewährte Praktiken des Community Policing und des Peacebuilding/Conflict resolution miteinander verknüpft werden“ – Peacebuilding? Geht es auch kleiner? Immerhin setzt es per Definition einen beidseitigen bewaffneten/kriegerischen Konflikt voraus. Was zumindest aktuell hier nicht der Fall ist.

Was mit „Community Policing“ wirklich gemeint ist...

Hauptanliegen des Ganzen ist der Polizei die Arbeit zu erleichtern. Denn „Vorurteile und Misstrauen sollen abgebaut und Themen des Quartiers gemeinsam bearbeitet werden“ sowie die „Stärkung der Beziehungen zwischen den anwohnenden Bürgern und der Polizeiarbeit“ erreicht werden.

Um sicher zu gehen, dass es keine Missverständnisse entstehen, geht es ausgesprochenerweise um „Verbindliches Engagement für den Aufbau von Beziehungen und gegenseitige Verantwortlichkeit“. Wenn da von „gegenseitiger

Verantwortlichkeit“ die Rede ist, ist nichts anderes gemeint als die Hoffnung, die Anwohner:innen im Viertel nachhaltig zu spalten. Auch das um die polizeiliche Arbeit zu erleichtern. Wir sollen Informationsgeber:innen werden, uns also zu Denunziant:innen und Hilfspolizei bereit erklären – Polizei und nebenbei der Verfassungsschutz möchten, dass die bereits von ihnen selbst zusammengetragenen Erkenntnisse über uns Anwohner:innen mit Informationen von uns über uns erweitert werden. Dadurch wird zugunsten entspannter Polizeiarbeit nachbarschaftliches Misstrauen gesät. Wann ist es einfach ein nachbarschaftliches Gespräch und wann wird möglicherweise verdächtiges/vom Mainstream abweichendes der nächsten Polizeistreife weitererzählt?

(Dass im Zusammenhang mit Community Policing auch auch Interessen der Inland Geheimdienste – hier Verfassungsschutz – entstehen, ist nachlesbar in einem „Faktenblatt“ des von der EU finanzierten CCI, die die Strafverfolgungsbehörden sowie nationalen sicherheitspolitischen Entscheidungsträger unterstützen präventiv zu agieren:

https://www.cuttingcrimeimpact.eu/resources/factsheets/community-policing-/community_policing/?lang=de

... und was nicht

Bei diesen Workshops geht es genau nicht darum, die Bedürfnisse der Bewohner:innen des „Quartiers“ ernst zu nehmen. Die Zielsetzung ist Seitens der einladenden Seite (Fospol) festgelegt. Was nicht zur Debatte steht sind weder die polizeilichen Einsatzstrategien wie „gefährlicher Ort“ mit den damit einhergehenden permanenten Einschränkungen

bürgerlicher Rechte oder Reduzierung der polizeilichen Präsenz noch sozialpolitische Lösungen.

Nadja Maurers Methoden ...

Wie Frau Dr. Maurer die geplante Zielsetzung versucht zu erreichen, wird bei ihrem bisherigen Vorgehen deutlich: Sie pfuscht, manipuliert strategisch, lügt und sie übt – subtil wie offensiv – Druck aus. Sie hat bei ihrer Studie „Multi-Stakeholder-Konfliktanalyse im Stadtraum: ‚Balduintreppe‘“ gepfuscht, indem sie sich von keiner der von ihr interviewten Personen eine Einwilligungserklärung (über die Datenverarbeitung) unterschreiben hat lassen, obwohl dies gesetzlich für alle vorgeschrieben ist.

Wie sie zu möglichst deutlichen/eventuell überspitzten Antworten gekommen ist gibt sie ungerührt auf Seite neun der Studie zu. Zitat: „Eine der Befragungstechniken, um Gesprächspartner dazu zu bewegen, ihre Position im und Haltung zum Konflikt zu präzisieren war, Fragen naiv‘ und teilweise provokant zu formulieren.“

Des Weiteren lässt ihre zugesicherte Anonymisierung massiv zu wünschen übrig; so ist unter anderem bei einer von ihr interviewten Person Religionszugehörigkeit, ethnische Herkunft und Wohnzusammenhang in ihrer Studie, penibelst aufgeführt – was nebenbei datenschutztechnisch explizit ohne Einwilligung verboten ist.

... und ihr Rassismus(begriff)

Auch wenn es um wissenschaftlich möglichst exakte Sprache geht ist Frau Doktor, die dem Vernehmen nach der festen Ansicht ist, dass Wissenschaft immer neutral sei, nicht ganz so genau. Sie vermischt nach eigenem (bzw. dem ihrer Auftraggeber:innen) Gutdünken wie es eben passt. Das wird besonders deutlich am Begriff des strukturellen Rassismus.

Wie sie auf Seite vier ihrer Studie feststellt „ist der Vorwurf des Rassismus gegen eine Behörde [grundsätzlich] ein schwerwiegender“, um dann zu sagen, nicht darauf eingehen zu können, weil zu umfangreich und die Gegenposition der Polizei von „Einzelfällen“ gegenüber zu stellen. Damit verkürzt und verfälscht sie den Begriff des strukturellen Rassismus. Beim strukturellen Rassismus geht es um Strukturen und Routinen, die so ausgestaltet sind, dass überdurchschnittlich und regelmäßig Schwarze Menschen und PoC (People of Color) benachteiligt werden. Das „Racial Profiling“ der Polizei ist eine Praxis, die selbst dann diskriminierend ist, wenn kein einzelner Polizist rassistische Einstellungen hat.

Dass sie zu diesem Thema Nachholbedarf hat wird deutlich, wenn sie unumwunden zugibt, dass Lügen wesentlicher Teil ihrer Studie ist. So schreibt sie auf Seite zehn ihrer Studie: „Der Zugang zu der Gruppe der afrikanischen Männer war dann möglich, wenn sich das Gegenüber

sicher war, es mit jemandem aus dem Solidaritätsspektrum zu tun zu haben. Dies liegt mutmaßlich daran, dass Angehörige dieser Gruppe Auskünfte zu ihrer Person, ihrer Motivation und ihrem Tun vorwiegend Ämtern oder der Polizei mitteilen müssen.“ Wer hat die Studie noch mal in Auftrag gegeben? Ach ja, die Polizei.

Dass Informationsgewinnung mittels Lüge ihrem auf Seite elf behaupteten Umgang „Alle Forschungsteilnehmer wurden vor der Teilnahme über die Zielsetzung und den Zweck der Studie, den Auftraggeber, die Dauer und die Methodik aufgeklärt (Informed Consent)“ widerspricht, scheint vor ihr lauter Zielsetzung des Ganzen egal.

Fast harmlos dagegen der Blödsinn, dass die FOSPOL, laut Dr. Maurer (Stand 24.11.2020) unter anderem im Gespräch mit dem Nachtspeicher, der Stadtteilschule, dem FC St. Pauli und der Lawaetzstiftung sei, um sie als wechselnde Locations für ihre Workshops zu gewinnen. Mit wenigstens der Hälfte der Einrichtungen wurde definitiv auch bisher nicht gesprochen.

Umgang mit Kritiker:innen

Weil es weder mit Beteiligung noch mit Räumen bisher wie erhofft läuft, hat Frau Doktor Maurer damit angefangen zu manipulieren und Druck zu machen. Wer Kritik an dem Pilotprojekt übt, wird gerne auch mal versucht intensiv vom Gegenteil zu überzeugen. Mal eher subtil: wer nicht dafür offen ist, sei nicht für Veränderung der Konfliktstruktur. Was verschweigt, dass hier ausschließlich polizeiliche Vorstellungen umgesetzt werden sollen und andere auch gar nicht zur Debatte stehen – schließlich können soziale Fragestellungen oder politische Vorgaben in diesem Rahmen nicht diskutiert werden. Teilnehmer:innen sollen ausschließlich Polizeibeamte und Anwohner:innen sowie arbeitsbedingte Ansässige (wie z.B. Vertreter der Schule oder der Kirche) sein, die dann alle ihrerseits bei ihnen zugänglichen Personenkreisen für weitere Umsetzung bzw. Zurechtweisung tätig werden sollen – „Multiplikatoren“. Weniger subtil geht es aber auch. So wurde Kritiker:innen mit „höheren Instanzen/Personen“ gedroht. Oder „höhere“ Instanzen/Personen melden sich bei den Kritiker:innen direkt, um mit Nachdruck für das „Pilotprojekt“ zu werben.

Unterm Strich bleibt:

Einladende Interessengruppe ist die Polizei (bzw. dessen Untergruppe Fospol und die von dieser angeheuerte Wissenschaftlerin Nadja Maurer). Gleichzeitig bestimmt diese Gruppe über Inhalt und Rahmen des „Pilotprojekt“ und hat die hierarchisch mächtigste Position der Beteiligten inne. Zudem verfügt sie als einzige über Sonderrechte (und Pflichten). Auf Augenhöhe oder gleichberechtigt findet in diesem Rahmen gar nichts statt. Stattdessen sollen Bürger:innen eingebunden werden und polizeiliche Aufgaben unterstützen.

Keine Zusammenarbeit mit der Polizei!

„Pilotprojekt“ boykottieren!
